

<p style="text-align: center;">Ergebnisprotokoll der 10. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 09.06.2016</p>
--

Beginn: 15.55 Uhr

Ende: 17.15 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Meyer
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion Herr Crueger
Herr Senkal
Frau Sprehe
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion Frau Neumeyer
Herr Scharf
Herr Strohmann

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** Herr Saxe
Herr Bücking

FDP-Fraktion Herr Buchholz

II Verwaltung

Frau Zimmermann	Der Senator für Umwelt, Bau und Ver- kehr	
Frau Windeler		
Frau Prof. Dr. Reuther		
Herr Viering		
Herr Polzin		
Herr Musiol		
Frau Rüpke		
Frau Gerken		
Herr Eickhoff		
Herr Dr. Lampe		
Herr Kurz		
Frau Pieper		ASV
Herr Koch		BBN
Frau Gessner		SWAH

III Gäste

IV Gastdeputierte

Frau Schiemann
Frau Dr. Schaefer
Herr Saffe
Herr Imhoff
Herr Janßen

SPD-Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
Bündnis 90/Die Grünen
CDU-Fraktion
Die LINKE

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 10. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

Einstimmig

TOP 2	Genehmigung von Protokollen (hier: -Protokoll der Sondersitzung am 06.04.2016)	L/S
-------	--	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

Einstimmig

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	---	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

Einstimmig

TOP 4	Bebauungsplan 2447 für ein Gebiet in Bremen Hemelingen (Blatt A und Blatt B) zwischen Eisenbahnstrecke Kirchweyhe - Sagehorn, Olbersstraße (Verlängerung) und Dahlwasdeich sowie zwischen Dahlwasdeich, Landesgrenze, Weser und Eisenbahnstrecke Bremen - Osnabrück <ul style="list-style-type: none">• Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung• Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft -FB 01-	Vorlage 19/129
-------	---	-------------------

Herr Viering stellt die Veranlassung und den Sachstand zum BPlan dar.

Herr Bücking bittet um weitere Erläuterungen, weshalb ein besonderer Schutz für das GVZ nicht mehr erforderlich sei, wie hoch die Grundstückspreise im GVZ und in Hemelingen seien und ob darüber nicht auch eine Steuerung der Ansiedelung erfolge. Er fragt weiter, ob Zahlen vorlägen, in wie vielen Fällen Banken Kredite mit dem Hinweis einer nicht gesicherten Nachnutzungsmöglichkeit abgelehnt und die Unternehmen dann auf eine Ansiedelung im Gewerbegebiet Hansalinie verzichtet hätten.

Frau Gessner führt aus, dass der Standort Hansalinie einer der wesentlichen Gewerbestandorte für Bremen und eines der Schwerpunktprojekte des Gewerbeentwicklungsprogramms sei. Der Standort biete verschiedene Vorteile. Die Lage an der A1 und am Bremer Kreuz, und der enge Zusammenhang zwischen dem Gewerbepark Hansalinie und Mercedes-Benz Bremen sei prädestiniert für die Gewerbeentwicklung. Mit dem Gewerbepark Hansalinie habe man ein Gewerbegebiet, das auch noch mittel- bis langfristig über Gewerbeflächen verfüge.

Bereits bei den Abstimmungsgesprächen zum Gewerbeentwicklungsprogramm, auch mit dem Beirat Hemelingen, wurde festgehalten, dass im Gewerbepark Hansalinie ab dieser zweiten Baustufe der Erweiterung, Logistikbetrieben die Möglichkeit eröffnet werden solle, sich dort anzusiedeln zu können, ohne dass ein besonderes planungsrechtliches Verfahren wie ein vorhabenbezogener Bebauungsplan erforderlich wäre. Vor diesem Hintergrund habe man im Gewerbeentwicklungsprogramm entschieden, Logistikunternehmen zuzulassen, die verschiedene Faktoren vereinbaren. Sie müssen einerseits zwingend auf den Standort BAB A1 angewiesen sein und dies auch plausibel darstellen können. Sie müssen arbeitsplatz- und wertschöpfungsintensive Logistikunternehmen sein und sie müssen auch ökologische Anforderungen erfüllen. Diese drei Maßgaben, die damals festgelegt wurden, sollen in diesem Bebauungsplan festgeschrieben werden.

Das GVZ Bremen habe sich sehr positiv entwickelt und sei daher nicht weiter auf einen Konkurrenzschutz angewiesen. Dies werde auch von den Unternehmen des GVZ bestätigt.

Neben den jetzt im Bebauungsplan festgelegten Regelungen zur Arbeitsplatz- und Wertschöpfungsintensivität der Logistikunternehmen und den nachzuweisenden Bruttogeschossflächen, würden bereits die Grundstückspreise dazu führen, dass sich im Gewerbepark Hansalinie nur Unternehmen ansiedeln werden, die besonders arbeitsplatz- und wertschöpfungsintensiv seien. Im Bereich Hansalinie lägen die Grundstückspreise um 50 € pro m², im GVZ bei etwa 30 € pro m². Eine Anzahl der Fälle, die sich aufgrund der bisherigen Vorgaben nicht angesiedelt hätten, könne nicht genannt werden. Im Rahmen der ersten Baustufe der Erweiterung sei eine Vielzahl an VE-Plan-Verfahren durchgeführt worden, was darauf schließen lasse, dass eine größere Anzahl an Unternehmen betroffen sei.

Frau Dr. Schaefer berichtet, dass angrenzende Flächen für die Windkraftausbauplanung vorgesehen seien und es Probleme mit einer möglicherweise zu hohen Lärmbelastung geben solle. Sie bittet ausdrücklich darum, auch Windkraftanlagen zu ermöglichen, um wenigstens ein wenig auszugleichen, dass das Gewerbegebiet im Marschenland liege.

Frau Gessner erläutert, dass ihr Ressort die Errichtung von Windenergieanlagen dort unterstütze, wo sie zu keinen Einschränkungen der Gewerbeflächen führen. Um dies rechtssicher zu prüfen, sei eine Bauvoranfrage gestellt worden.

Herr Viering ergänzt, dass in der Begründung zum Bebauungsplan genau diese Problematik ausgeführt werde. Man sei dabei zu dem Schluss gekommen, dass dieses Risiko einer Einschränkung des Gewerbegebietes nicht bestehe.

Herr Janßen erklärt, dass sich seine Fraktion den Ausführungen des Beirats anschließe und ebenfalls davon ausgehe, dass diese Ausweitung zu einer Steigerung der Flächeninanspruchnahme führe. Deswegen lehne seine Fraktion den Bebauungsplan ab.

Herr Strohmann möchte wissen, ob Richtlinien oder Kriterien vorhanden seien, an denen ausgemacht werden könne, ob ein Gewerbe arbeitsplatz- und wertschöpfungsintensiv betrieben werde.

Frau Gessner berichtet, dass im November in der Wirtschaftsdeputation ausführlich dargestellt wurde, dass über die Grundstückspreise und die hier festzulegende verdichtete Bebauung in Teilbereichen implizit eine Arbeitsplatz- und Wertschöpfungsintensivität unterstellt werde. Man könne nicht rechtssicher mit den Unternehmen auf der Grundlage eines Kaufvertrages vereinbaren, dass sie eine gewisse Arbeitsplatzdichte oder Wertschöpfungsintensivität einhalten.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes 2447 für zwei Gebiete in Bremen-Hemelingen (Blatt A und Blatt B) zwischen Eisenbahnstrecke Kirchweyhe - Sagehorn, Olbersstraße (Verlängerung) und Dahlwasdeich sowie zwischen Dahlwasdeich, Landesgrenze, Weser und Eisenbahnstrecke Bremen - Osnabrück (Bearbeitungsstand: 14.04.2016) einschließlich Begründung abgesehen wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahmen und ihrer empfohlenen Behandlung den Bericht zum Entwurf des Bebauungsplanes 2447 für zwei Gebiete in Bremen-Hemelingen (Blatt A und Blatt B) zwischen Eisenbahnstrecke Kirchweyhe - Sagehorn, Olbersstraße (Verlängerung) und Dahlwasdeich sowie zwischen Dahlwasdeich, Landesgrenze, Weser und Eisenbahnstrecke Bremen - Osnabrück (Bearbeitungsstand: 14.04.2016).

Einstimmig

TOP 5	Bebauungsplan 2313 für ein Gebiet in Bremen-Oberneuland beiderseits und nördlich des Rotbuchenweges zwischen Oberneulander Landstraße (zum Teil einschließlich) und Oberstes Fleet (zum Teil beiderseits) -Öffentliche Auslegung -FB 01-	Vorlage 19/144
--------------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des Bebauungsplanes 2313 für ein Gebiet in Bremen-Oberneuland beiderseits und nördlich des Rotbuchenweges zwischen Oberneulander Landstraße (zum Teil einschließlich) und Oberstes Fleet (zum Teil beiderseits) (Bearbeitungsstand: 17.05.2016) mit Begründung zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplanes 2313 für ein Gebiet in Bremen-Oberneuland beiderseits und nördlich des Rotbuchenweges zwischen Oberneulander Landstraße (zum Teil einschließlich) und Oberstes Fleet (zum Teil beiderseits) (Bearbeitungsstand: 17.05.2016) mit Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

TOP 6	Bebauungsplan 2461 für ein Gebiet in Bremen Osterholz zwischen Ehlersdamm, Holter Fleet und Am Großen Kuh- kamp - Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung - Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwick- lung, Energie und Landwirtschaft -FB 01-	Vorlage 19/133
--------------	--	-------------------

Herr Viering berichtet, dass inzwischen der städtebauliche Vertrag vom Vorhabenträger und von der Stadt unterzeichnet worden sei.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes 2461 für ein Gebiet in Bremen-Osterholz zwischen Ehlersdamm, Holter Fleet und Am Großen Kuhkamp (Bearbeitungsstand: 15.03.2016) einschließlich Begründung abgesehen wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahme und ihrer empfohlenen Behandlung (Anlage zum Bericht) den Bericht zum Entwurf des Bebauungsplanes 2461 für ein Gebiet in Bremen–Osterholz zwischen Ehlersdamm, Holter Fleet und Am Großen Kuhkamp (Bearbeitungsstand: 15.03.2016) einschließlich Begründung.

Einstimmig

TOP 7	Vorhabenbezogenen Bebauungsplan 86 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errich- tung eines Studentenwohnheims an der Mary-Astell-Straße in Bremen-Horn-Lehe - Planaufstellungsbeschluss - Öffentliche Auslegung - FB 01 -	Vorlage 19/149
--------------	---	-------------------

Herr Janßen fragt nach der Sozialwohnungsquote und den zu erwartenden Mieten für die Studierenden. Die sei das dritte Studierendenwohnheim in unmittelbarer Universitätsnähe, das privat errichtet werde.

Herr Viering verweist darauf, dass es sich um einen privaten Investor handle und daher keine Kenntnis und auch kein Einfluss auf die Mieten bestehe.

Herr Janßen betont, dass im Technologiepark neues Baurecht geschaffen werde. Die Stadt müsse darauf hinwirken, dass Wohnraum geschaffen werde, der auch mit BAFöG bezahlbar sei. Seine Fraktion könne diesem Projekt nicht zustimmen, wenn hier erneut Wohnraum für finanziell besser gestellte Studierende in unmittelbarer Uninähe geschaffen werde.

Herr Bücking vertritt die Auffassung, dass es der Universität, den Studierenden und der Entwicklung des Stadtraums guttue, wenn hier mehr Wohnraum geschaffen werde. Dabei müsse man aushalten, dass dies nicht nur Wohnungen in der Preisklasse des Studentenwohnheims seien. Wenn die Stadt Möglichkeiten habe, um zu beeinflussen, dass diese Wohnungen auch für weniger wohlhabende Studenten zugänglich seien, dann würden diese auch angewendet werden.

Frau Gerken erklärt, dass die Sozialwohnungsquote bei Wohnheimplätzen nicht greife. In unmittelbarer Nähe in der Emmy-Noether-Straße habe man 400 Plätze, die mit BAFöG bezahlbar seien. Auf das Gesamtareal bezogen seien dies mehr als 25 %.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 86 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Studentenwohnheims an der Mary-Astell-Straße in Bremen-Horn-Lehe nach § 13a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 86 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Studentenwohnheims an der Mary-Astell-Straße in Bremen-Horn-Lehe (Bearbeitungsstand 23.05.2016) einschließlich Begründung zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 86 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Studentenwohnheims an der Mary-Astell-Straße in Bremen-Horn-Lehe (Bearbeitungsstand 23.05.2016) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

TOP 13a)	Sachstand der gerichtlichen Auseinandersetzung mit den Hafенbetrieben der Überseestadt -6-	BdV mündlich
----------	---	-----------------

Dieser TOP wird gemeinsam mit TOP 8, BPlan 2448, beraten.

Herr Viering berichtet, dass es bei dieser gerichtlichen Auseinandersetzung nur um die Frage ging, ob in dem Industriegebiet nach alter Staffelbauordnung direkt am Holz- und Fabrikenhafen, ein Bürohaus, das im Erdgeschoss auch ein Restaurant habe, zulässig sei. Der dort nach wie vor geltende Bebauungsplan setze Gewerbeklasse I nach der alten Staffelbauordnung fest. Die Formulierung in der Staffelbauordnung besage, es sei außer Wohnen alles zulässig. Daraus habe die Bauverwaltung geschlossen, dass dort Büros und Restaurants zu genehmigen seien. Das Oberverwaltungsgericht habe nun anders entschieden. Die Urteilsbegründung liege noch nicht vor, sie werde in den nächsten Wochen erwartet.

Dies sei jedoch unabhängig vom vorgelegten Bebauungsplan 2448 zu sehen. Dieser stelle eine Überplanung eines Bereichs dar, für den schon neues Baurecht bestehe. Die Hafenkante sei der erste Plan in der Überseestadt gewesen, wo die grundsätzliche Verständigung mit den Hafенbetrieben erzielt worden sei, welche Grenzen gelten, welche Emissionen akzeptiert werden müssen und entsprechende Eintragungen in die Grundbücher. Dies sei eine Überarbeitung, die z.B. Wettbewerbsergebnisse im Rahmen der einzelnen Baufelder umsetze, u.a. dass die Erschließung anders liegen sollte, als man damals gedacht habe. Eine etwas größere Veränderung ergebe sich im Bereich des letzten Baufeldes kurz vor dem Molenturm, wo in Abstimmung mit dem Investor kein Hochhaus im eigentlichen Sinne, sondern eine andere bauliche Figur, die aber auch eine große Ausnutzung ermögliche, realisiert werden solle.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 8	Bebauungsplan 2448 für ein Gebiet in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt zwischen - Eduard-Suling-Straße, - Birkenfelsstraße, - Überseepromenade und - Wendebecken -zweite öffentliche Auslegung -FB 01-	Vorlage 19/147
--------------	---	-------------------

Herr Pohlmann weist darauf hin, dass zu diesem Bebauungsplan eine Austauschseite vorliege. Die Vorlage werde mit diesen Änderungen zur Beschlussfassung gestellt.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplans 2448 für ein Gebiet in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt zwischen - Eduard-Suling-Straße, - Birkenfelsstraße, - Überseepromenade und- Wendebecken (Bearbeitungsstand: 31.05.2016) einschließlich Begründung gemäß § 3 Absatz 2 BauGB in Verbindung mit § 4a Abs. 3 BauGB öffentlich auszulegen ist (zweite öffentliche Auslegung).

Einstimmig

TOP 9	Bebauungsplan 2473 für ein Gebiet im stadtbremischen Überseehafengebiet Bremerhaven zwischen Schleusenstraße, Lohmannstraße und dem Kaiserhafen I - zweite öffentliche Auslegung -FB 01-	Vorlage 19/148
--------------	---	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplans für ein Gebiet im stadtbremischen Überseehafengebiet Bremerhaven zwischen Schleusenstraße, Lohmannstraße und dem Kaiserhafen I (Bearbeitungsstand: 29.04.2016) einschließlich Begründung gemäß § 3 Absatz 2 BauGB in Verbindung mit § 4a Abs. 3 BauGB öffentlich auszulegen ist (zweite öffentliche Auslegung).

Einstimmig

TOP 10	ÖPNV - Großvorhaben Straßenbahnquerverbindung Georg-Bitter-Straße – Stresemannstraße – Steubenstraße Einwerben von Mitteln für bauvorbereitende Leistungen, vorgezogenem Grunderwerb und Mitteln für die Gesamtprojektsteuerung - ASV -	Vorlage 19/60
---------------	--	------------------

Herr Buchholz erklärt, dass seine Fraktion bei ihrer Ablehnung der Querspange Ost bleibe.

Herr Saxe erinnert daran, dass dieses Straßenbahnprojekt sich für die Bremer Straßenbahn auch ökonomisch in besonderem Maße rechne. Er stimme dieser Vorlage gerne zu.

Herr Pohlmann führt aus, dass dieses Projekt auch von Beiräten breit getragen werde, gerade aus der Vahr, die deutlich herausgearbeitet hätten, welche Bedeutung der Anschluss des Stadtteils an weitere Straßenbahnverbindungen habe. Neben der ökonomischen Frage war die Verbesserung und Stärkung des Straßenbahnverkehrs einer der entscheidenden Punkte in der Diskussion im Rahmen der Erarbeitung des Verkehrsentwicklungsplanes. Er sei sehr glücklich darüber, dass es gesamtbremsisch gelungen sei, dieses durchzusetzen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der Maßnahme und der dargestellten Finanzierung gem. anliegendem Senatsbeschluss zu.

Zustimmung bei Ablehnung durch die Fraktion der FDP

TOP 11	STRASSEN BENENNUNG Eversweg -ASV-	Vorlage 19/142
---------------	---	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Vorschlag zur Kenntnis und beschließt dessen Weiterleitung an den Senat.

Einstimmig

TOP 12	Verkehrlenkende Maßnahmen Am Stern - ASV -	Vorlage 19/145
---------------	--	-------------------

Herr Strohmann berichtet, dass seine Fraktion beschlossen habe, sich zu dieser Vorlage zu enthalten. Einerseits sei diese Entwicklung verkehrssicherheitstechnisch der richtige Weg. Andererseits bestehe die Sorge, dass es vermehrt zu einem größeren Stau kommen werde, weil die Durchlässigkeit nicht ausreichend gegeben sei.

Herr Saxe findet, dies sei eine gute Maßnahme, die der Verkehrssicherheit nütze. Die Einflüsse auf die Kapazität sollten unter fünf Prozent liegen. Das sei hinnehmbar, insbesondere, wenn man damit erreicht, dass sich Anzahl der Unfälle deutlich reduziere. Die Beiräte und alle Träger öffentlicher Belange seien in einem lange währenden Prozess immer einbezogen gewesen und würden die Planungen breit mittragen. Er freue sich darüber, dass damit ein gewichtiger Schritt im Sinne der Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer gemacht werde.

Herr Buchholz bestätigt, dass dieser Unfallschwerpunkt entschärft werden müsse. Daher werde er diesem Antrag zustimmen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der Maßnahme und der Finanzierung mit Inkraftsetzung des Haushaltes 2016 zu.

Zustimmung bei Enthaltung der Fraktion der CDU

TOP 13	Berichte der Verwaltung	
---------------	--------------------------------	--

TOP 13b)	Sachstand Billungstraße - BBN -	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 13c)	Sachstand zum Hartmannstift - BBN -	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Frau Sprehe geht davon aus, dass, wenn die Abstimmung über den Bau und das Aussehen des neu zu entwickelnden Bereiches feststehe, die Notunterkunft dann auch aufgegeben werde. Sie möchte wissen, ob es Möglichkeiten einer Verlängerung gebe.

Herr Scharf kann nicht nachvollziehen, warum sich das Verfahren seit 2011 hinziehe. Man habe hier eine Toplage im Zentrum von Vegesack. Nun sei eine zweite Ausschreibung erfolgt, ein Gestaltungsgremium solle gesucht werden, der vorhabenbezogenen Bebauungsplan könne – vielleicht - bis Mitte 2017 fertig werden. Das dauere unbegreiflich lange.

Herr Koch führt aus, dass es eine sensible Lage sei mit historischem Gebäudebestand aber auch mit dem Baumbestand auf dem Grundstück. Es sei auch die Forderung vom Beirat Vegesack gewesen, das Gestaltungsgremium durchzuführen, um einen qualifizierten Entwurf zu bekommen. Es sei geplant, das Gestaltungsgremium noch in diesem Sommer abzuschließen, um den Zeitplan einhalten zu können. Dann werde man sehen, wie die Konzeption aussehe und ob die Mietverträge, ggf. auch schrittweise für ein Gebäude, verlängert werden könnten. Zurzeit gehe er aber davon aus, dass die Mietverträge dann beendet seien.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 13d)	Sachstandsbericht zum Verbrauchermarkt Lindenstraße -BBN-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Frau Sprehe bittet darum, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger vor Ort möglichst zu einer Einigung zu kommen, um einen Verbrauchermarkt in der Lindenstraße zu realisieren.

Frau Dr. Schaefer erinnert daran, dass die Anwohnerinnen und Anwohner sich einig waren, einen fußläufig erreichbaren Verbrauchermarkt anzusiedeln. Und es ging nicht um einen Großmarkt mit Parkmöglichkeiten. Ein großer Getränkemarkt in der Lindenstraße habe geschlossen, dafür habe sich dort eine Biobäckerei angesiedelt. Nun solle wieder ein Getränkemarkt kommen. Das Zentren- und Nahversorgungskonzept habe aber durchaus einen Sinn. Wenn Geschäfte sich gegenseitig Konkurrenz machten und dann wieder schließen müssten, nütze das dem Standort nichts. Die Menschen vor Ort brauchen eine Einkaufsmöglichkeit und kein Überangebot. Insofern sei ein Verbrauchermarkt gut, aber nicht immer größer und immer mehr, wie aktuell angefragt. Man müsse sehen, was vor Ort passe.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 13e)	Genehmigungspflichte Großraum- und Schwerlasttransporte über Bremer und Bremerhavener Straßen -ASV-	BdV L/S schriftlich
-----------------	---	---------------------------

Siehe auch Protokoll der 10. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 09.06.2016.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 13f)	Autobahnzubringer Hemelingen (BAB A1) – Sanierung Folgebericht über abgeschlossene Maßnahmen und Geschwindigkeitsregelung - ASV -	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 13g)	Wartezeitanzeige an Fußgängerampeln - ASV -	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Herr Saxe stellt fest, dass man Wartezeitanzeigen mit Bedacht einsetzen müsse. Dieses Instrument sei kostspielig und könne dort, wo der ÖPNV fahre oder wo Grüne Wellen geschaltet seien, nur sehr behutsam eingesetzt werden. In Hamburg sei in einer begleitenden Untersuchung festgestellt worden, dass Rotlichtverstöße um ein Drittel abnehmen würden. Daher sei es gut, dies als eine Möglichkeit an geeigneten Standorten zu prüfen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 13h)	Aktivitäten Projekt BioStadt Bremen -3-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

-vertagt-

TOP 13i)	Kleingartenentwicklungsplan 2025 -3-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

-vertagt-

TOP 13j)	Baumfällungen im Wätjens Park- Dissens Denkmalschutz - Baumschutz -30-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Frau Dr. Schaefer erklärt, dass es darum gehe, dass der Baumschutz nicht generell hinter dem Denkmalschutz zurückstehen dürfe, sondern jeder Einzelfall gesondert geprüft und betrachtet werden müsse. Daher sei es wichtig und zu begrüßen, dass man zur Vermeidung von ähnlichen Konfliktsituationen beabsichtige, einen Parkpflegeplan durch den UBB zu erarbeiten. Generell müsse man auch in anderen Gebieten, wo der Denkmalschutz mit dem Baumschutz kollidiere, den Einzelfall betrachten.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 13k)	Bericht der Verwaltung über die mögliche Bedeutung des Wasserwerks „An den Graffen“ in Delmenhorst sowie der Osterholzer Feldmark zur Trinkwasserversorgung Bremens - 3 -	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung über die mögliche Bedeutung des Wasserwerks „An den Graffen“ in Delmenhorst sowie der Osterholzer Feldmark zur Trinkwasserversorgung Bremens zur Kenntnis.

TOP 13l)	Verbesserung der Verkehrsabläufe in der Habenhauser Brückenstraße - 5 -	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Herr Pohlmann betont, dass dies ein sehr wichtiges Projekt im Verkehrsentwicklungsplan sei und eine hohe Bedeutung bei der Anbindung von Industrie- und Gewerbeflächen habe. Er begrüße, dass die Umsetzung dieser Maßnahme anstehe.

Herr Saxe ergänzt, dass diese Maßnahme von allen im Projektbeirat für sehr sinnvoll gehalten wurde. Auch die Handelskammer lege sehr viel Wert darauf.

Beschluss:

Die Deputation für Deputation Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den vorliegenden Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 13m)	Sachstand zur Frage der Integration des Fährverkehrs auf der Weser in den ÖPNV/VBN -5-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Herr Pohlmann und Frau Sprehe stellen fest, dass eine Integration des Fährverkehrs in den ÖPNV-Tarif nicht sinnvoll sei, da dies für die Nutzerinnen und Nutzer der Fähren eine deutliche Kostenerhöhung bedeuten würde.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 13n)	Planung von Modulbauten/ Holzrahmenbauten zur Unterbringung Geflüchteter - 7, 6 -	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Herr Janßen möchte wissen, wo sich diejenigen befinden, die nicht in Notunterkünften, Übergangwohnheimen oder in privaten Wohnraum vermittelt seien. Hier ergebe sich eine Differenz von 5.000 Personen. Im Zusammenhang mit dem Sofortprogramm Wohnungsbau sei Ende 2015 angekündigt worden, 3.500 Wohnungen in Modulbauweise zu schaffen. Nach diesem Bericht sollen frühestens bis 2018 zwei Pilotprojekte realisiert werden, in einer Größenordnung von jeweils 150 Wohneinheiten. Und davon würden auch nicht alle Plätze für Geflüchtete zur Verfügung gestellt werden, sondern 25% unterlägen der Sozialbindung. Inzwischen solle auch nicht mehr selbst gebaut, sondern die Flächen ausgeschrieben werden. Damit werde nur noch ein kleiner Anteil dieser Wohnflächen überhaupt für Geflüchtete zur Verfügung stehen.

Herr Senator Dr. Lohse antwortet, dass im Sofortprogramm 2.000 Wohneinheiten in regulärer Bauweise und 3.500 Wohneinheiten in Modulbauweise vorgesehen waren. Im Zwischenbericht an den Senat zum Sofortprogramm Wohnungsbau, der gerade abgestimmt werde, solle emp-

fohlen werden, vor dem Hintergrund der rückläufigen Zugänge einige der damaligen Annahmen insbesondere in Bezug auf die Anzahl der benötigten Modulbauten zu überdenken. An den im Sofortprogramm genannten 2.000 Wohneinheiten in regulärer Bauweise werde festgehalten. Zu den weiteren Fragen müsse die Antwort der Sozialsenatorin in der Sozialdeputation abgewartet werden.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 13o)	Sachstand zum Gesamtkonzept für den Entwicklungsbereich Vorderes Woltmershausen - 7, 6-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Frau Schiemann bittet darum, die Gespräche zur Finanzierung der erforderlichen Bodengutachten zeitnah und zielorientiert zu führen, damit schnell mit der Erstellung des Strukturkonzeptes begonnen werden könne.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

NACH-TRAG TOP 13p)	ÖPNV - Großvorhaben Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Bremen, der Gemeinde Stuhr und der Gemeinde Weyhe über die Umsetzung der vorbereitenden Maßnahmen der gemeindegrenzenübergreifenden Verlängerung der Straßenbahnlinie 8 auf den Streckenabschnitten III bis V (Anlage 1 zur Senatsvorlage) -5-	BdV schriftlich
---------------------------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung mit der anliegenden Senatsvorlage zur Kenntnis.

NACH-TRAG TOP 13q)	„Handwerkerparken“ in der City -5-	BdV schriftlich
---------------------------	--	--------------------

Frau Sprehe bittet um genauere Zahlen der Ausnahmegenehmigungen und über die Flächen, für die Ausnahmegenehmigungen beantragt werden können.

Das ASV wird die Zahlen direkt an Frau Sprehe liefern.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 14	Verschiedenes	
TOP 14a	Bericht zum trocken gelegtem Feuchtbiotop Zum Falsch/ Thalenhorststraße	

Herr Musiol berichtet, dass dort ein ungefähr 500 bis 800 m² großes, stehendes Gewässer ohne Genehmigung leergepumpt worden sei. Neben wasserrechtlichen Vorschriften seien auch artenschutzrechtliche Belange betroffen. Entsprechende Ermittlungsverfahren seien eingeleitet worden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 14b	Bericht zum geplanten Gesundheitszentrum Ohlenhof Careé in Gröpelingen	
---------	---	--

Herr Viering berichtet, dass die Frage gegenüber Herrn Strohmann schriftlich beantwortet wurde.

Herr Strohmann betont, dass es im Interesse des Stadtteils wichtig sei, eine Lösung für eine Nutzung des Grundstücks zu finden. Der Investor sollte bestmögliche Unterstützung beim Ressort finden.

Herr Pohlmann regt an, weitere Fragen bilateral zu klären.

Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:

Ausstreuen von Totenasche auf öffentlichen Flächen	Schriftlicher Berichtswunsch von Frau Dr. Schaefer	Geplant am 11.08.2016
Sachstandsbericht Discomeile	Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Pohlmann	Geplant am 11.08.2016
Sanierungsergebnisse Tanklager Farge	Schriftlicher Berichtswunsch von Frau Sprehe	Erfolgt im Rahmen der jährlichen Berichterstattung
Baustelle A 27 Abfahrt Industriehäfen	Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Scharf	Geplant am 11.08.2016

Herr Pohlmann schließt die 10. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll